

Der Melier-Dialog des Thukydides – ein klassisches Lehrstück für Außenpolitik

Ingo Juchler

1. Vorbemerkungen

Einen knapp zweieinhalbjahrtausende alten Textabschnitt aus dem *Peloponnesischen Krieg* von Thukydides als klassisches Lehrstück für den modernen Politikunterricht auszuweisen erscheint zunächst didaktisch weit hergeholt und heuristisch nicht viel versprechend.¹ Zu unterschiedlich muten prima facie der historische Kontext und die politischen Konstellationen im antiken Griechenland an, als dass hier eine didaktisch wertvolle Anschlussstelle zum Verständnis heutiger politischer Konflikte ausgemacht werden könnte. Gleichwohl möchte ich hier eine tentative Annäherung an den Melier-Dialog mit dem erkenntnisleitenden Interesse vornehmen, dessen transepoche Diskursivität aufzuzeigen und diesen im Hinblick auf gegenwärtige Problemlagen zu befragen. Mit dieser Konzeptualisierung eines klassischen Lehrstücks für die politische Bildung möchte ich zugleich einen Traditionsstrang wieder aufnehmen, der einst vom Nestor der Politikdidaktik, Wolfgang Hilligen, in dessen bekanntem Schulbuch *Sehen – Beurteilen – Handeln* ausging, in der Zwischenzeit allerdings abgerissen ist (vgl. Berg/Grammes 2001).

Ich werde hierfür zunächst den historischen Kontext skizzieren, vor dessen Hintergrund Thukydides sein Werk abfasste. Nach der Vorstellung des Melier-Dialogs gilt es sodann, dessen kategoriale Erschließung vorzunehmen. Der Schwerpunkt des Beitrags wird auf der Vermittlung von Vergangenem und Gegenwärtigem als hermeneutische Herausforderung im Politikunterricht liegen.

2. Zum Verhältnis von Außenpolitik und Demokratie in Athen

Nach den Siegen über die Perser bei der Schlacht von Marathon im Jahre 490 und der Seeschlacht bei Salamis im Jahre 480 v. Chr. war Athen zur vorherrschenden Seemacht der Ägäis aufgestiegen. Die Athener bauten fortan ihre Vormachtstellung unter den griechischen Stadtstaaten aus und nutzten hierzu insbesondere ihre militärische Führung im Attischen Seebund, der ursprünglich zur Abwehr der Perser gegründet worden war. Nach dem Friedensschluss mit dem Perserkönig im Jahre 449 war die eigentliche Be-

stimmung dieses Bundes zwar verlustig gegangen. Doch gebrauchten die Athener den Bund weiterhin zum Ausbau ihrer hegemonialen Stellung gegenüber den verbündeten Poleis, was in Zusammenhang mit dem prinzipiellen außenpolitischen Selbstverständnis dieser ersten Demokratie steht. So behandelt die übergroße Mehrheit der Beschlüsse der politischen Institutionen Athens und insbesondere der Volksversammlung Fragen der äußeren Politik, und seine grundlegende Bedingung fand der Primat der Außenpolitik des athenischen Gemeinwesens in der sozialen Lage des Demos: Das Verhalten der Bürger bei Abstimmungen war mehr oder weniger stark von einem ökonomischen Nutzenkalkül geprägt, so dass die athenische Außenpolitik eine klare sozialpolitische Komponente hatte (vgl. Bleicken 1995: 376). Die von Athen geführten Kriege waren die „wichtigsten Voraussetzungen des Reichtums der Stadt“ (Meier 1990: 584).

Die athenischen Bemühungen um die Hegemonie in der Ägäis führten allerdings schließlich zu einem Interessenskonflikt mit der zweiten hellenischen Großmacht Sparta und schließlich von 431 bis 404 zum Peloponnesischen Krieg. Von diesem wissen wir heute insbesondere durch das Werk des Thukydides. Dieser erkennt den „letzten und wahren Grund“ für den Ausbruch des Peloponnesischen Krieges im Machtzuwachs der Athener, der den Spartanern Furcht einflößte und sie zum Krieg zwang (vgl. Thukydides [ca. 400 v. Chr.] 2000: I 23, 6). Thukydides unterschied damit zwischen den vordergründigen Anlässen des Krieges – den Streitigkeiten Athens und Spartas um Kerkyra und Poteidaia – und der tieferen Ursache des Peloponnesischen Krieges – der Furcht Spartas vor der wachsenden Macht Athens. Vor dem Hintergrund dieser elementaren Unterscheidung von vordergründigen Anlässen und der tieferen Ursache eines Krieges spricht Karl Reinhardt vom „Paradigma eines Kriegsausbruches, das nicht auszulernen ist“ (Reinhardt 1959: 193).

Aufgrund seiner methodisch reflektierten Darstellung des Peloponnesischen Krieges gilt Thukydides denn auch als Vater der Geschichtswissenschaft. Dass Thukydides mit der Niederschrift seines Werkes eine explizit didaktische Aufgabe verband, wird in einer eingangs von ihm vorgenommenen Feststellung deutlich: „Zum bloßen Anhören wird vielleicht durch das Fehlen des erzählerischen Elements meine Darstellung weniger erfreulich scheinen. Wer aber klare Erkenntnis des Vergangenen erstrebt und damit auch des Künftigen, das wieder einmal nach der menschlichen Natur so oder ähnlich eintreten wird, der wird mein Werk für nützlich halten, und das soll mir genügen. Als ein Besitz für immer, nicht als Glanzstück für einmaliges Hören ist es aufgeschrieben.“ (Thukydides [ca. 400 v. Chr.] 2000: I 22, 4)

Diesen epochenübergreifenden Wahrheitsanspruch des Klassikers Thukydides gilt es nun auf seine diskursive Anschlussfähigkeit im Hinblick auf gegenwärtige Problemlagen der internationalen Beziehungen zu untersuchen. Damit sind wir bei den Auseinandersetzungen zwischen Athen und der kleinen Insel Melos im Winter 416/415 v. Chr., dem sechzehnten Kriegsjahr des Peloponnesischen Krieges, angelangt.

3. Der Melier-Dialog

Die Melier stammten von Auswanderern der Spartaner ab und verhielten sich gegenüber den beiden Konfliktparteien neutral. Die Athener wollten die kleine Insel jedoch mit Nachdruck als tributpflichtigen Bundesgenossen werben und schickten deshalb Gesandte zu Verhandlungen mit dem Rat der Melier. In der dialogischen Auseinanderset-

zung zwischen den athenischen Gesandten und dem Rat der Melier traten die Athener mit folgender Forderung hervor:

„Die Athener: Nun gut, wir selbst wollen nun nicht mit schön klingenden Worten – wie etwa, zu Recht bestehe unsere Herrschaft nach unserem Sieg über die Perser – eine langatmige und deshalb unglaubwürdige Rede vortragen. Aber auch ihr, das fordern wir, dürft nicht glauben, uns durch solche Ausführungen zu überzeugen: Als Bürger einer Tochterstadt der Lakedaimonier hättet ihr euch nicht am Krieg (auf unserer Seite) beteiligen können, oder, ihr hättet uns kein Unrecht zugefügt. Nein, im Rahmen des von uns als wahr Erkannten sucht das Mögliche zu erreichen, da ihr ebenso gut wie wir wisst, dass Recht im menschlichen Verkehr nur bei gleichem Kräfteverhältnis zur Geltung kommt, die Stärkeren aber alles in ihrer Macht Stehende durchsetzen und die Schwachen sich fügen.“

Daraufhin entgegneten die Melier:

„Die Melier: Wir glauben aber doch, es wäre nützlich – so müssen wir ja sprechen, da ihr statt des Rechtes den Vorteil unserem Gespräch zugrunde gelegt -, wenn ihr nicht etwas aufheben würdet, woraus alle gemeinsam Gewinn ziehen, sondern wenn jedem, der in Gefahr gerät, Gründe der Billigkeit zu Gebote stünden und er daraus, auch ohne alles bis ins Letzte genau zu erweisen, Nutzen ziehen könne. Das gilt in hohem Grade mit für euch, insoweit ihr, einmal gestürzt, durch die Härte der Strafe (die an euch dann vollzogen werden wird) anderen ein warnendes Beispiel werden könntet.“ (Thukydides [ca. 400 v. Chr.] 2000: V 89)

Der Ausgang des Dialogs sowie der Streitigkeiten zwischen Athen und Melos ist schnell erzählt: Nachdem die Melier die Bundesgenossenschaft weiterhin ablehnten, kehrte die athenische Gesandtschaft wieder zum Heer zurück. Die Stadt wurde in der Folgezeit von den Athenern und ihren Verbündeten belagert, und nach einer Verstärkung des Belagerungsdrucks ergaben sich die Melier schließlich bedingungslos. Die Athener töteten alle erwachsenen Männer und verkauften die Frauen und Kinder in die Sklaverei. Der Ort wurde wieder neu gegründet, und kurze Zeit später wurden etwa 500 athenische Siedler dorthin entsandt.

Was uns Thukydides hier in Gestalt eines Antilogos von Athenern und Meliern exemplarisch vor Augen führt, ist der Gegensatz von Macht und Recht. Thukydides lässt die athenischen Gesandten in unverblümter Deutlichkeit aussprechen, dass im Bereich der Beziehungen zwischen den Staaten – im Gegensatz zur Rechtsauffassung der Isonomie innerhalb der athenischen Polis – kein Recht auf politische Gleichberechtigung bestehe. Ein gerechter Austausch sei nur mit machtpolitisch Ebenbürtigen zu suchen und die Melier hätten sich als schwacher Staat mithin dem Recht des Stärkeren zu beugen.² – Die Antinomie von Macht und Recht bildet denn auch eine diskursive Anschlussstelle des klassischen Textes mit der Gegenwart.

4. Kategoriale Erschließung des Konfliktes im Politikunterricht

Macht und Recht gelten in der Politikdidaktik unbestritten als zentrale Kategorien. Auf der Grundlage von Wolfgang Klafkis Theorie der kategorialen Bildung beschrieb Bernhard Sutor die politikdidaktische Grundfunktion von Kategorien wie folgt: „Sie sollen die Brücke schlagen zwischen den konkreten Gegenständen, den Inhalten und Themen des Unterrichts einerseits und den grundlegenden Prinzipien andererseits.“ (Sutor 1984: 70f.) Eine ähnliche begriffliche Bestimmung von Kategorien für den Politikunterricht hat auch Peter Massing vorgenommen, wonach diese „Zugänge zum Politischen eröffnen, indem sie in Schlüsselfragen umformuliert das Wesentliche, das Verallgemeinerba-

re von Politik aufschließen“ (Massing 1999: 11). Der Melier-Dialog bietet sich als paradigmatischer Übungsgegenstand zur kategorialen Erschließung an. Bei diesem klassischen Lehrstück können die Schülerinnen und Schüler die Kategorien Macht und Recht als heuristische Instrumente auf einer elementaren Ebene anwenden und das Verhältnis von Macht und Recht als ein grundsätzlich prekäres in den internationalen Beziehungen erfahren. In formaler Hinsicht können sie somit den Umgang mit Kategorien an einem grundlegenden Beispiel üben und diese Kompetenz prospektiv an anderen, auch aktuellen politischen Gegenständen anwenden. In materialer Hinsicht erfahren die Schülerinnen und Schüler durch Anwendung des heuristischen Instrumentariums die Antinomie von Macht und Recht in der historischen Epoche der athenischen Demokratie. Diese gegenstandsbezogene Erfahrung muss allerdings im weiteren Unterricht durch die Behandlung aktueller Konflikte in den internationalen Beziehungen und dem darin zutage tretenden aktuellen Verhältnis von Macht und Recht erweitert werden. Andernfalls könnten die Schülerinnen und Schüler einen falschen Analogieschluss von der Zeit der athenischen Demokratie zu heute vornehmen.

Die didaktische Herausforderung besteht mithin darin, den Schülerinnen und Schülern die Möglichkeit zu bieten, das Spannungsverhältnis zwischen dem klassischen Text und der politischen Gegenwart zu erkennen. Diese didaktische Herausforderung stellt sich als hermeneutische Aufgabe.

5. Vermittlung von Vergangenenem und Gegenwärtigem – eine hermeneutische Aufgabe im Politikunterricht

Das Spannungsverhältnis zwischen antikem Text und Gegenwart ist nicht, so Hans-Georg Gadamer, „in naiver Angleichung zuzudecken, sondern bewusst zu entfalten. Aus diesem Grund gehört notwendig zum hermeneutischen Verhalten der Entwurf eines historischen Horizontes, der sich von dem Gegenwartshorizont unterscheidet.“ (Gadamer 1972: 290) Hält man sich nun aus didaktischer Perspektive den Gegenwartshorizont der internationalen Beziehungen vor Augen, so stellt der Irak-Krieg der Vereinigten Staaten mit ihren Verbündeten im Jahre 2003 einen internationalen Konflikt dar, der zur Vermittlung aktueller Kenntnisse bezüglich der internationalen Politik beispielhaft im Politikunterricht behandelt werden kann. Der Irak-Krieg ist der erste Krieg, der unter dem Signum eines neuen amerikanischen außenpolitischen Paradigmas geführt wurde. Im Rückblick stellt sich der Irak-Krieg als Präzedenzfall für eine neue außenpolitische Strategie dar, welche heute gemeinhin als Bush-Doktrin firmiert. Diese Doktrin wird in ihrer politischen Reichweite inzwischen bereits mit der Truman-Doktrin verglichen, welche nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs über Jahrzehnte hin zur bestimmenden US-amerikanischen Strategie im Umgang mit der Sowjetunion avancierte.

Der gegenwärtige US-Präsident hatte diese Doktrin erstmals in seiner Rede an die Nation im Januar 2002 skizziert, in welcher er die Staaten Irak, Iran und Nordkorea als „Achse des Bösen“ bezeichnete. Gleichzeitig signalisierte Bush die Bereitschaft, gegen diese Staaten gegebenenfalls auch präventiv vorzugehen. Ihren formalen Ausdruck fand diese Doktrin sodann in der im September 2002 von Präsident Bush vorgestellten neuen *National Security Strategy* (NSS) der Vereinigten Staaten (vgl. *The National Security Strategy of the United States of America* 2002). In ihr wurden die Grundsätze festgelegt, nach welchen die US-Administration die Neuordnung der Welt betreiben will. Der Erhalt der militärischen Übermacht der Vereinigten Staaten gilt hierbei als Leitmaxime,

welche sich vor allem gegen den etwaigen Aufstieg Chinas zum militärischen Konkurrenten richtet. *Rogue states*, so genannten Schurkenstaaten, die Massenvernichtungswaffen besitzen oder erwerben wollen und damit die Sicherheit der USA potentiell gefährden, sollen in Zukunft auch durch „antizipatorische Selbstverteidigung“ bekämpft werden. Ziel der NSS ist es letztlich, eine internationale Struktur zu schaffen, in der amerikanische Normen universell gelten und die Washington auch ohne Einschränkungen durchsetzen kann (vgl. Bierling 2003: 243ff.; Hacke 2004; Kamp 2004).

Dabei nehmen die USA nötigenfalls auch einen Verstoß gegen das Völkerrecht und die Prinzipien der Vereinten Nationen in Kauf. In der Charta der Vereinten Nationen gelten das auf die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit gerichtete Prinzip des Gewaltverbots sowie das Prinzip der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten eines Staates. Ein Waffeneinsatz ist gemäß der Charta der Vereinten Nationen nur auf der Grundlage eines Beschlusses durch den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen oder gemäß Artikel 51 der VN-Charta zur Selbstverteidigung „im Falle eines bewaffneten Angriffs“ rechtmäßig. Die herrschende Auffassung der Völkerrechtler hält gegen einige angelsächsische Autoren eine „präventive Selbstverteidigung für völkerrechtswidrig und verlangt, dass sich die behauptete Gefahr in einem unmittelbar bevorstehenden Angriff materialisiert hat“ (Hillgenberg 2003: 157). Im Unterschied zur Intervention in Afghanistan wurde der Irak-Krieg allerdings auch ohne Mandatierung durch die UNO mit der Begründung durchgeführt, gegen die vermeintlichen Massenvernichtungswaffen des irakischen Diktators Saddam Hussein müsse präventiv vorgegangen werden.

Anhand des exemplarischen Falles des Irak-Krieges können die Schülerinnen und Schüler im Politikunterricht wiederum durch die heuristische Anwendung von Kategorien das moderne Verhältnis von Macht und Recht in den internationalen Beziehungen erschließen. Von zentraler Bedeutung wird dabei die Auseinandersetzung zwischen der US-Administration und anderen Mitgliedern des Weltsicherheitsrates auf dem Forum der Vereinten Nationen sein. Grundlegend für die amerikanische Politik war dabei erstmals die NSS von 2002, wonach die USA auch unter Hintanstellung des Völkerrechts ihre vitalen Interessen verfolgen würden.

Für ein vertieftes Verständnis der amerikanischen Position kann hierfür ein Text von Robert Kagan herangezogen werden. Robert Kagan ist an der *Carnegie Endowment for International Peace* in Washington tätig und gehört einer einflussreichen neokonservativen Denkschule („Neocons“) an, welche maßgeblichen Einfluss auf die Bush-Regierung hat. Bekannt wurde Kagan durch seinen Essay *Macht und Ohnmacht. Amerika und Europa in der neuen Weltordnung*, welcher in Deutschland nun auch von der Bundeszentrale für politische Bildung vertrieben wird. Die darin von Kagan vertretene zentrale These besagt, dass die gegenwärtigen transatlantischen Divergenzen Ausdruck tief greifender Unterschiede im Weltbild zwischen den starken USA und einem vergleichsweise schwachen Europa seien. Während die USA sich gegenüber den „brutalen Gesetze(n) einer anarchischen Hobbesschen Welt“ bewähren müssten, „in der letztlich die jeweilige Machtposition über Sicherheit und Erfolg der Staaten entscheidet“, hätten die Europäer die „Hobbessche Welt der Gesetzlosigkeit verlassen“ und seien in die „kantische Welt des ewigen Friedens eingetreten“. „Die neue kantische Ordnung Europas“, so Kagan weiter, „konnte nur unter dem Schirm amerikanischer Macht gedeihen, ausgeübt nach den Regeln der alten Hobbesschen Ordnung.“ (Kagan 2003: 44f., 68, 85) Mit dem überdeutlichen Verweis auf Thomas Hobbes ordnet sich Kagan der realistischen Schule der Theorie von den Internationalen Beziehungen zu, welcher wiederum Thukydides als „founding father“ gilt (vgl. Nye

1988: 235). Hobbes' Denken selbst wurde sehr stark von Thukydides geprägt, dessen Werk er ins Englische übersetzte.

Wenn Robert Kagan nun erklärt, die USA müssten sich gegenüber den brutalen Gesetzen einer anarchischen Hobbesschen Welt im Bereich der internationalen Beziehungen bewähren, so rekurriert er dabei auf die pessimistischen anthropologischen Prämissen des englischen Philosophen, dessen Denken sehr stark von den Verheerungen der englischen Bürgerkriege des siebzehnten Jahrhunderts geprägt war. In seinem vertrags-theoretischen Hauptwerk *Leviathan* skizziert Hobbes das Verhältnis der Menschen untereinander im Naturzustand als Kampf aller gegen alle, der Mensch sei dem Menschen ein Wolf. Diesen Naturzustand sieht er auch im Verhältnis der Staaten untereinander gegeben (vgl. Hobbes [1651] 1984). Nach Ansicht Kagans hat im Bereich der internationalen Beziehungen die anarchische Hobbessche Welt bis heute Bestand.

Diese Einschätzung kann im Politikunterricht mit der zweiten großen Schule der Theorie der Internationalen Beziehungen kontrastiert werden.³ Diese Schule beruft sich ideengeschichtlich auf Immanuel Kants Entwurf *Zum ewigen Frieden* von 1795 und findet ihren institutionalisierten Ausdruck in den Vereinten Nationen. Kant legt – kurz gefasst – in seiner Schrift *Zum ewigen Frieden* eine Theorie der Verrechtlichung der internationalen Beziehungen im Sinne einer Transformation des Völkerrechts in eine weltbürgerliche Verfassung vor und schreibt dabei dem normativen Eigensinn des Völkerrechts eine pazifizierende Kraft zu (vgl. Kant [1795] 1991). Die Kontrastierung mit diesem Traditionsstrang kann den Schülerinnen und Schülern verdeutlichen, dass das Verhältnis von Macht und Recht in den internationalen Beziehungen seit Thukydides über Hobbes bis heute kein invariantes ist, sondern sich in der Moderne gewandelt hat. So hat die Entwicklung des Völkerrechts seit den bahnbrechenden Arbeiten von Hugo Grotius im siebzehnten Jahrhundert zu einer stetigen Verrechtlichung der internationalen Beziehungen geführt. Auf weltpolitischer Ebene hatten sich nach dem Ersten Weltkrieg der Völkerbund und nach dem Zweiten Weltkrieg als Nachfolgeorganisation die Vereinten Nationen institutionalisiert.

Durch die unterrichtliche Auseinandersetzung mit dem Irak-Krieg von 2003 können die Schülerinnen und Schüler gerade lernen, dass heute anders als zu Zeiten des Thukydides oder Thomas Hobbes und wie von Robert Kagan kontrafaktisch unterstellt auch in den internationalen Beziehungen dem Recht ein Selbststand zukommt. Die USA haben durch die Marginalisierung der Weltorganisation Vereinte Nationen im Vorfeld und bei der Durchführung des Irak-Krieges dieses geltende Recht dramatisch herausgefordert (vgl. Habermas 2004: 115f.). Der nicht durch die Weltorganisation mandatierte Krieg gegen den Irak gibt auch bei der Unterstellung der lautersten Absichten der USA – der Zerstörung von Massenvernichtungswaffen und der nachhaltigen Demokratisierung des Landes – ein schlechtes Vorbild für andere Staaten ab. Diese Selbstermächtigung der Vereinigten Staaten zur präventiven Kriegsführung rührt an den Kern des Gewaltverbots und gleicht dem Öffnen der Büchse der Pandora, denn andere Staaten könnten sich hieran ein Beispiel nehmen und der Willkür einzelner Staaten, gestützt auf ihre militärische Übermacht, wären Tür und Tor geöffnet (vgl. Hillgenberg 2003: 158ff.). Die globale Strategie der USA orientiert sich gegenwärtig, so die Einschätzung des amerikanischen Ökonomen und *New York Times*-Kolumnisten Paul Krugman, an dem Motto des Römischen Reiches, „Oderint dum metuant“ – mögen sie uns hassen solange sie uns fürchten (vgl. Scherpenberg 2003: 2). Und damit sind wir wiederum zum Melier-Dialog zurückgekehrt, denn die Athener argumentieren dort analog:

„Die Melier: Dass wir uns ruhig verhalten und statt eure Feinde Freunde sind, jedoch verbündet mit keinem der beiden Gegner, damit könnt ihr euch nicht zufrieden geben?“

Die Athener: Nein, denn eure Feindschaft schadet uns nicht so sehr, wie Freundschaft als Beweis (unserer) Schwäche, Hass dagegen als (Zeichen unserer) Stärke bei unseren Untertanen gilt.“ (Thukydides [ca. 400 v. Chr.] 2000: V 94f.)

Die ablehnende Haltung der Athener gegenüber der angebotenen Freundschaft bei politischer Neutralität durch die Melier und der Verweis auf die Alternative politische Unterwerfung im Bündnis oder militärische Konfrontation wird von der athenischen Gesandtschaft folglich mit der derzeitigen machtpolitischen Konfiguration der internationalen Beziehungen begründet und gerechtfertigt. Würden die Athener als die im attischen Seebund hegemoniale Macht Neutralität der Melier akzeptieren, so destabilisiere dies die athenische Vorherrschaft, da die anderen Poleis des internationalen Systems dies als Schwäche der Athener auslegen würden. Diese Haltung wird im Melier-Dialog in der Folge von der athenischen Gesandtschaft durch ein scheinbares Naturgesetz untermauert – der Mensch herrsche „ganz sicher allezeit nach dem Zwang der Natur überall dort, wo er die Macht hat“. Zu ihrer weiteren Rechtfertigung erklärt die athenische Gesandtschaft: „Wir haben dieses Gesetz weder aufgestellt noch als Bestehendes zuerst befolgt, als gegeben haben wir es übernommen und werden es als ewig Gültiges hinterlassen; wir befolgen es in dem Bewusstsein, dass auch ihr oder andere, die dieselbe Macht wie wir errungen haben, nach demselben Grundsatz verfahren würden.“ (Thukydides [ca. 400 v. Chr.] 2000: V 105, 2)

Unmittelbar nachdem bei Thukydides im Melier-Dialog das Gesetz des Stärkeren für die Beziehungen zwischen den Poleis in Reinform dargelegt wurde, werden im *Peloponnesischen Krieg* die Vorbereitungen sowie die Durchführung der zweiten Sizilianischen Expedition der Athener im Jahre 415 geschildert. Das Unternehmen endete für die Athener in einer Katastrophe, und die Niederlage vor Syrakus sollte zur Peripetie des Peloponnesischen Krieges und letztlich zum Niedergang der athenischen Demokratie geraten (vgl. Jaeger 1959: 502ff.).

Die anschauliche Darstellung der Hybris der Athener im Melier-Dialog unmittelbar vor der fatalen, durch eigennützige Erwägungen geprägte Entscheidung des athenischen Demos zur Sizilianischen Expedition verdeutlicht die didaktische Absicht des Thukydides. Dieser hatte ja seine Geschichte des Peloponnesischen Krieges mit der Intention verbunden, ein Werk „als Besitz für immer, nicht als Glanzstück für einmaliges Hören“ aufzuschreiben. Zum Verständnis des klassischen Lehrstückes kommt es allerdings wesentlich auf unsere Lesart des Textes an. Robert Kagan etwa erkennt in den Darstellungen des Thukydides und von Thomas Hobbes politische Konstellationen der internationalen Beziehungen wieder, welche auch heute noch Gültigkeit besitzen. Er verbindet damit seine Apologie der bestehenden Verhältnisse in den internationalen Beziehungen – „ein starkes Amerika“, so Kagan, „ja die Vormachtstellung Amerikas“ sei „für die Welt und besonders für Europa eine unabdingbare Notwendigkeit“ (Kagan 2003: 119). Der Neokonservative Kagan verharrt in seinem Denken mithin in der thukydideischen und Hobbesschen Welt der internationalen Beziehungen und nimmt eine in ihrer Simplität erschreckende Analogie dieser Zeit zur Gegenwart vor. Geschichte erscheint damit im Sinne Friedrich Nietzsches als ewige Wiederkehr des Gleichen. Dagegen kennzeichnet gerade die Aufgabe der historischen Hermeneutik, dass sie das Spannungsverhältnis durchreflektiert, das zwischen der „Selbigkeit der gemeinsamen Sache“, also hier dem Verhältnis von Macht und Recht in den internationalen Beziehungen, und der wechselnden geschichtlichen Situation besteht, in der dieselbe verstanden werden soll (vgl. Gadamer 1972: 292).

Dem Melier-Dialog wächst deshalb vor dem Hintergrund unserer heutigen geschichtlichen Situation, in welcher andere normative Voraussetzungen bestehen als zur Zeit des Thukydides oder von Thomas Hobbes, ein neuer Sinn zu. Unsere Gegenwart ist gekennzeichnet durch völkerrechtliche Errungenschaften wie die Charta der Vereinten Nationen, die Genfer Konvention zur Behandlung von Kriegsgefangenen und den Internationalen Strafgerichtshof. Diese bieten für die politische Beurteilung der Auseinandersetzungen um den Irak-Krieg – und im Unterschied zum Konflikt zwischen Athen und Melos – einen unhintergehbaren und universal gültigen Maßstab.

6. Resümee

Der Melier-Dialog als klassisches Lehrstück zum Verhältnis von Macht und Recht in den internationalen Beziehungen vermag gerade die Kluft zwischen dem antiken und dem heutigen Verständnis dieses Verhältnisses zu versinnbildlichen. Handelt ein Staat heute nach dem Jahrtausende alten Muster, so steht seinen Bürgern, sofern es sich um eine liberale demokratische Gesellschaft handelt, ein normativer Beurteilungsmaßstab zur Verfügung, der bei der nächsten Wahl Anwendung finden kann. Der didaktische Ort, wo eine solchermaßen qualifizierte Urteilskraft der Bürger angebahnt und geübt werden kann, stellt der Politikunterricht dar. Die politische Urteilsbildung wird gemeinhin als die zentrale Aufgabe des Politikunterrichts angesehen (vgl. Massing/Weißeno 1997). Zur Förderung dieser Kompetenz dient der Umgang mit politischen Kategorien, wie sie im Melier-Dialog exemplarisch vorgestellt werden. Dieses Lehrstück eignet sich für jede Schulform, da die darin verhandelten Kategorien auf einer elementaren Ebene behandelt werden. Für die unterrichtliche Auseinandersetzung mit dem Melier-Dialog bietet sich das Schüler orientierte Verfahren des Rollenspiels in besonderer Weise an. Dieses ermöglicht den Schülerinnen und Schülern einen Perspektivenwechsel (vgl. Breit 1999), wodurch sie ein Verständnis für die Denk- und Handlungsweisen der beiden Akteure aus unterschiedlichen Blickwinkeln und damit Einblick in die unterschiedlichen Sichtweisen, Interessenlagen und Machtverhältnisse entwickeln können.

Handeln die Bürger liberaler Gesellschaften bzw. ihre Staatsmänner dagegen allein auf der Grundlage rationaler, die eigenen partikularen Interessen berücksichtigende Überlegungen, so lehrt uns Thukydides, dass auch demokratisch regierte Staaten eine imperiale Außenpolitik betreiben können. Das im Melier-Dialog für die internationalen Beziehungen zum Ausdruck gebrachte Verhältnis von Macht und Recht wird von Thukydides selbst allerdings nicht als ewig gültiges Naturgesetz verstanden. Vielmehr zeigt er durch die pointierte Ausarbeitung der Begegnung von Athenern und Meliern in Dialogform – ein Formelement, das er sonst in seinem gesamten Werk nicht nutzt – kurz vor der fatalen Sizilianischen Expedition der Athener, dass er die bei den Athenern in Melos zum Ausdruck gebrachte Hybris der militärischen Großmacht implizit kritisiert. Thukydides kann deshalb nicht als Gewährsmann für die Affirmation des althergebrachten Verhältnisses von Macht und Recht in den internationalen Beziehungen angesehen werden. Vielmehr verweist der Melier-Dialog mahnend auf ein prospektiv noch zu schaffendes Verhältnis von Macht und Recht in den internationalen Beziehungen, welches dem Recht einen adäquaten Platz einräumt. Diese Neujustierung des Verhältnisses von Macht und Recht findet seit der Neuzeit ihren Ausdruck in der sukzessiven Verrechtlichung der internationalen Beziehungen. Auch wenn dieser Weg bisweilen mit Hindernissen versehen ist, so bildet er doch eine essentielle Konstituente des

Telos der Vernunft in der Tradition der Aufklärung und richtet sich mithin gegen das postmoderne Postulat vom Ende der *grands récits*, der großen Erzählungen.

Dem Politikunterricht ist die Auseinandersetzung mit diesen politischen Fragen aufgegeben. Wenn die Schülerinnen und Schüler allerdings nicht auf der schlichten Stufe der Affirmation des Rechts des Stärkeren in den internationalen Beziehungen verbleiben sollen, muss zur Beurteilung dieser Fragen der normative Maßstab des bestehenden Völkerrechts herangezogen werden. Ohne diesen Maßstab verharrt die politische Bildung in Fragen auswärtiger Politik indifferent in postmoderner Beliebigkeit. Der Melier-Dialog des Thukydides vermag als hermeneutischer Vergleichshorizont für gegenwärtige Konfliktlagen der internationalen Beziehungen zu dienen und somit als klassisches Lehrstück für den Politikunterricht dem normativen Telos nachzukommen.

Anmerkungen

- 1 Leicht überarbeitete Fassung meiner Antrittsvorlesung im Rahmen des Habilitationsverfahrens am 22. Juli 2004 an der Pädagogischen Hochschule Karlsruhe.
- 2 Robert A. Dahl führt im Zusammenhang der Geltung von Elementen der Demokratie für andere Stadtstaaten aus: „They (die Griechen, I. J.) did not acknowledge the existence of *universal* claims to freedom, equality, or rights, whether political rights or more broadly, human rights. Freedom was an attribute of membership – not membership in the human species but membership (that is, citizenship) in a particular city.“ Dahl 1989: 22; Hervorhebung im Original.
- 3 Aus didaktischen Erwägungen werden hier die mannigfaltigen Theorien der Internationalen Beziehungen auf die realistische und die idealistische Denkschule reduziert. Nach Ulrich Menzel bewegen sich letztlich alle Lehrmeinungen der Theorie der Internationalen Beziehungen „zwischen den Polen Idealismus und Realismus“ (Menzel 2001: 7).

Literatur

- Berg, Hans Christoph/Grammes, Tilman (Hrsg.) 2001: Lehrkunst im Lernfeld Gesellschaft/Politik. Gespräch mit Prof. Wolfgang Hilligen, Marburg.
- Bierling, Stephan 2003: Geschichte der amerikanischen Außenpolitik von 1917 bis zur Gegenwart, München.
- Bleicken, Jochen ⁴1995: Die athenische Demokratie, Paderborn et al.
- Breit, Gotthard 1999: Perspektivenwechsel, in: Wolfgang W. Mickel (Hrsg.): Handbuch zur politischen Bildung. Grundlagen, Methoden, Aktionsformen, Schwalbach/Ts., S. 384-388.
- Dahl, Robert A. 1989: Democracy and its Critics, New Haven/London.
- Gadamer, Hans-Georg ³1972: Wahrheit und Methode. Grundzüge einer philosophischen Hermeneutik, Tübingen.
- Habermas, Jürgen 2004: Hat die Konstitutionalisierung des Völkerrechts noch eine Chance?, in: ders.: Der gespaltene Westen. Kleine Politische Schriften X, Frankfurt/M., S. 113-193.
- Hacke, Christian 2004: Die USA als globaler Akteur, in: Die politische Meinung, Nr. 412, S. 31-36.
- Hillgenberg, Hartmut 2003: Gewaltverbot: Was gilt noch?, in: Jochen Abr. Frowein/Klaus Scharioth/Ingo Winkelmann/Rüdiger Wolfrum (Hrsg.): Verhandeln für den Frieden. Liber Amicorum Tono Eitel, Berlin, S. 141-165.
- Hobbes, Thomas 1984: Leviathan oder Stoff, Form und Gewalt eines kirchlichen und bürgerlichen Staates. Herausgegeben von Iring Fetscher, Frankfurt/M. (zuerst 1651).
- Jaeger, Werner ⁴1959: Paideia. Die Formung des griechischen Menschen, Bd. 1, Berlin.
- Kagan, Robert 2003: Macht und Ohnmacht. Amerika und Europa in der neuen Weltordnung, Berlin.

- Kamp, Karl-Heinz 2004: „Preemptive Strikes“. Eine neue sicherheitspolitische Realität, in: Internationale Politik, H. 6, S. 42-47.
- Kant, Immanuel 1791: Zum ewigen Frieden. Ein philosophischer Entwurf, in: ders.: Werkausgabe, Bd. XI: Schriften zur Anthropologie, Geschichtsphilosophie, Politik und Pädagogik 1. Herausgegeben von Wilhelm Weischedel, Frankfurt/M., S. 191-251 (zuerst 1795).
- Massing, Peter 1999: Wege zu einem kategorialen und handlungsorientierten Politikunterricht, in: Hans-Werner Kuhn/ders. (Hrsg.): Politikunterricht – kategorial und handlungsorientiert, Schwalbach/Ts., S. 5-38.
- Massing, Peter/Weißen, Georg (Hrsg.) 1997: Politische Urteilsbildung. Zentrale Aufgabe für den Politikunterricht, Schwalbach/Ts.
- Meier, Christian, 1990: Die Rolle des Krieges im klassischen Athen, in: Historische Zeitschrift 251, S. 555-605.
- Menzel, Ulrich 2001: Zwischen Idealismus und Realismus. Die Lehre von den Internationalen Beziehungen, Frankfurt/M.
- Nye, Joseph S. Jr. 1988: Neorealism and Neoliberalism, in: World Politics, Vol. 40, S. 235-251.
- Reinhardt, Karl 1959: Vermächtnis der Antike, Göttingen.
- Scherpenberg, Jens van 2003: Pax Americana als globales öffentliches Gut (Stiftung Wissenschaft und Politik), Berlin.
- Sutor, Bernhard 1984: Neue Grundlegung politischer Bildung. Bd. II: Ziele und Aufgabenfelder des Politikunterrichts, Paderborn et al.
- The National Security Strategy of the United States of America 2002, in: <http://www.whitehouse.gov/nsc/nss.pdf>.
- Thukydides 2000: Der Peloponnesische Krieg. Übersetzt und herausgegeben von Helmuth Vretska und Werner Rinner, Stuttgart (zuerst ca. 400 v. Chr.).